

Otto, Alkis Henri

Article — Published Version

Konjunkturschlaglicht: Struktur der Erwerbstätigkeit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Otto, Alkis Henri (2006) : Konjunkturschlaglicht: Struktur der Erwerbstätigkeit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 86, Iss. 5, pp. 341-342, <https://doi.org/10.1007/s10273-006-0518-8>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/42591>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konjunkturschlaglicht: Struktur der Erwerbstätigkeit

Im April teilte das Statistische Bundesamt mit, dass laut Mikrozensus 2004 lediglich 39% der deutschen Bevölkerung die eigene Erwerbstätigkeit als ihre wichtigste Unterhaltsquelle angaben. 1991 waren es noch reichlich 44% gewesen. Der Anteil der Personen, die Renten oder Pensionen als Hauptunterhaltsquelle angaben, stieg in diesem Zeitraum hingegen von 18,7% auf 23%. Gleichzeitig legte auch der Anteil der Bevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe von 2,1% auf 4,6% zu. Somit steht einem höheren Anteil von Transferempfängern ein geringerer Anteil von Beitragszahlern gegenüber, was den Druck auf die sozialen Sicherungssysteme erhöht hat.

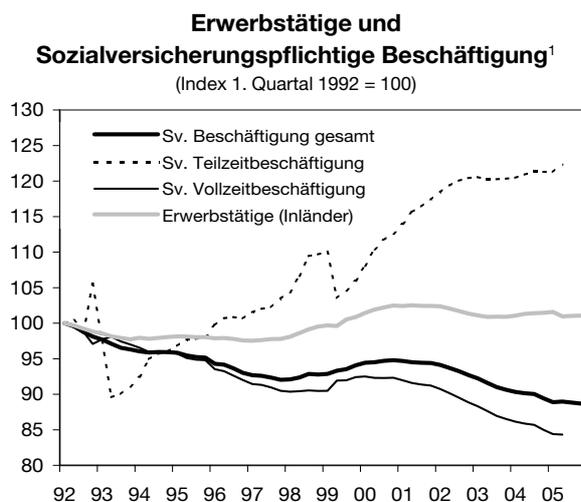
Obwohl ein geringerer Anteil der Bevölkerung seinen Unterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit bestreitet, hat die Zahl der Erwerbstätigen seit Anfang der 90er Jahre – von konjunkturellen Schwankungen abgesehen – insgesamt leicht zugenommen und blieb damit stabil bei einem Bevölkerungsanteil von rund 47%. Dies ist kein Widerspruch, sondern wird durch die veränderte Struktur der Erwerbstätigkeit erklärt: Auf der einen Seite prägte der Einsatz neuer arbeitsmarktpolitischer Instrumente wie Minijobs, Zusatzjobs und ICh-AGs die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den letzten Jahren stark, auf der anderen Seite kam es vor allem zu einer kräftigen Abnahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, der Hauptstütze des Sozialstaats.

Im Gegensatz zur Erwerbstätigkeit ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den vergangenen 15 Jahren deutlich gesunken (1991-2005: -12,6%). Unterbrochen wurde der Rückgang lediglich

in den konjunkturell stärkeren Jahren 1998-2002, in denen sie vorübergehend zunahm. So gingen Ende 2005 lediglich 26,2 Mio. Personen oder 31,7% der Bevölkerung einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. 1991 waren es noch 30 Mill. Personen bzw. 37,5% gewesen. Dabei spiegelt die geschilderte Entwicklung nicht einmal das gesamte Ausmaß dieses Rückgangs für die öffentlichen Haushalte wider: Ein genauerer Blick offenbart, dass im betrachteten Zeitraum die sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung ausgeweitet wurde, während die Vollzeitbeschäftigung kräftig abnahm.

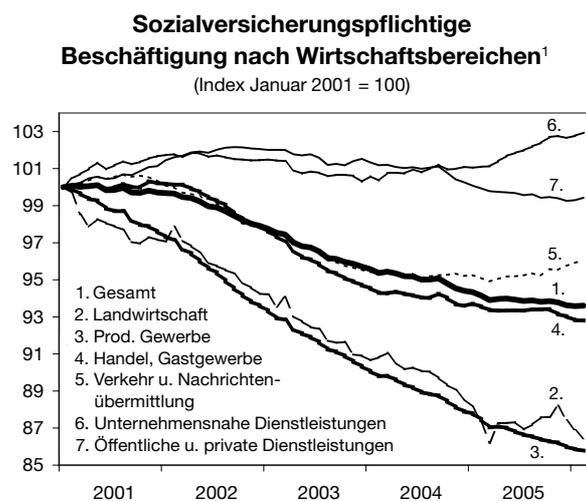
Die Gründe für den Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung sind vielfältig. Einerseits bewegte sich das durchschnittliche Wirtschaftswachstum der vergangenen 15 Jahre unterhalb der Beschäftigungsschwelle. Andererseits spielte auch der Strukturwandel eine Rolle, insbesondere weil jene Wirtschaftszweige in den vergangenen Jahren prosperierten, in denen es – nicht zuletzt zur Vermeidung hoher Lohnnebenkosten und arbeitsrechtlicher Ansprüche – einen Trend zu Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung gab. So konnte der massive Abbau sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigung im Produzierenden Gewerbe (mit Bau) nicht annähernd durch eine Zunahme im sich dynamischer entwickelnden tertiären Sektor kompensiert werden. Stattdessen nahmen in den Dienstleistungsbranchen vor allem die sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten zu.¹

Auch gibt es einige Hinweise, dass die mit den Hartz-Gesetzen umgesetzte Neuausrichtung der



¹ Saisonbereinigt mit Census X12 ARIMA.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.



Arbeitsmarktpolitik zum Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung beigetragen haben dürfte. Zum einen führten die Reformen zu einer deutlichen Einschränkung traditioneller Instrumente der Arbeitsmarktpolitik wie Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen, die zu den sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen zählen. Zum anderen dürften vor allem in den Bereichen Handel und Gastgewerbe Minijobs sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verdrängt haben. Ein Indiz hierfür ist auch, dass die deutliche Verlangsamung des Anstiegs sozialversicherungspflichtiger Teilzeitbeschäftigungen mit der 2003 vollzogenen Neuregelung der Minijobs zusammenfällt.

Nachdem sich der Beschäftigungsabbau im vergangenen Jahr spürbar verlangsamt hat, ist für das laufende Jahr wieder mit einem leichten Anstieg der

sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu rechnen. Dabei dürften vor allem die Bereiche Unternehmensnahe Dienstleistungen sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung, die bereits im letzten Jahr einen Anstieg der Beschäftigung verzeichnen konnten, zum Beschäftigungsaufbau beitragen. Mit der im Juli dieses Jahres in Kraft tretenden Erhöhung der Abgabepauschale für Minijobs dürften zudem die sozialversicherungspflichtigen Midijobs, bei denen Einkommen innerhalb der so genannten Gleitzone zwischen 400 und 800 Euro erzielt werden können, an Bedeutung gewinnen. Wenn die branchenspezifischen Trends der vergangenen Jahre anhalten, ist somit aber primär mit einer Zunahme der Teilzeitbeschäftigung zu rechnen. Zu einer Entlastung der Sozialversicherung trüge dies kaum bei, zumal auch in diesem Jahr die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Durchschnitt unter der des Vorjahres liegen dürfte.

¹Vgl. H.-U. Bach, Chr. Gaggermeier, S. Klinger: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung – Woher kommt die Talfahrt?, in: IAB Kurzbericht Nr. 26 / 28.12.2005.

Alkis Otto, Tel. 040/42834-316

alkis.otto@hwwa.de